

Antrag des Netzwerks für ein kämpferische und demokratische ver.di zur Plattform der Gewerkschaftslinken

Änderungsanträge sind in den Text eingearbeitet und **fett & unterstrichen** markiert.

Plattform Gewerkschaftslinken mit Änderungsvorschlägen des verdi-Netzwerks:

Seit Jahrzehnten bestimmt die Massenarbeitslosigkeit die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land mit all ihren Folgen. In Deutschland entwickeln sich Verhältnisse, von denen viele glaubten, sie gehörten der Vergangenheit an. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik sind auf dem Weg dazu bzw. streben langfristig an,

■ die Flächentarifverträge abzuschaffen und oder sie wenigstens möglichst weitgehend durch betriebliche Lohnfestsetzung zu ersetzen, um die Löhne auf breiter Front zu senken,

n die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung zu beseitigen oder sie wenigstens möglichst weitgehend zu beschneiden und durch Privatversicherungen zu ersetzen,

■ die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen, ebenfalls das Arbeitslosengeld II oder wenigstens die Arbeitslosenversicherung auf ein Minimum zu beschränken und Arbeitslosengeld II mindestens zu halbieren,

■ die allgemeine Arbeitszeit auf weit über 40 Stunden auszudehnen oder wenigstens in diese Richtung zu flexibilisieren,

■ **öffentliche Betriebe zu privatisieren und alle Bereiche zu kommerzialisieren**

■ alle staatlichen Leistungen möglichst weitgehend über Gebühren zu finanzieren und

■ die Gewinnsteuern entweder ganz abzuschaffen oder wenigstens auf ein Niveau abzusenken, das weit unterhalb des heutigen ohnehin schon massiv gesenkten Niveaus liegt.

Die Agenda 2010 und in diesem Zusammenhang die Hartz-Gesetze dienen der Umsetzung dieses langfristigen Programms.

Wir lehnen sie ab.

Unter diesen Bedingungen fällt den DGB-Gewerkschaften eine besondere Verantwortung zu. Noch erreichen sie Millionen abhängig Beschäftigter. Noch verfügen sie über ein gewisses Ansehen und die Masse der KollegInnen betrachten sie noch als das Stärkste, was die Schwachen heute haben. Aber die Anziehungskraft, die Glaubwürdigkeit und die Bindekraft sind in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Der Mitgliederverlust hat beängstigende Ausmaße angenommen. Als wesentliche Gründe für diese kritische Situation stellen wir fest:

Die Führung der DGB-Gewerkschaften

■ akzeptiert Lohnsenkungen auf allgemeiner und betrieblicher Ebene,

■ **unterstützt durch ihre Untätigkeit die Privatisierung der Rentenversicherung** und des Gesundheitswesens

■ hat die Hartz-Gesetze in weiten Teilen begrüßt und ihre schädlichen Wirkungen vertuscht,

■ hat den Kampf für Arbeitszeitverkürzung aufgegeben und

■ setzt sich für die Senkung von Lohnnebenkosten ein, obwohl diese als Teil des Lohns zu begreifen sind

■ und appelliert an eine angebliche soziale Verantwortung des Kapitals, die es nicht hat.

Wir akzeptieren das nicht.

Die Gewerkschaftsführung geht davon aus, dass es möglich ist eine Politik zu betreiben, die den Unternehmern und Lohnabhängigen gleichermaßen gerecht wird. Darauf gründen sie ihr Konzept der „Sozialpartnerschaft.“

Wir gehen davon aus, dass wir in einer Klassengesellschaft leben in der es einen unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Produktionsmittelbesitzern und Lohnabhängigen gibt.

Wir setzen der pausenlosen Propaganda der Medien, der politischen und wissenschaftlichen Fürsprecher des Kapitals entgegen: Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen. Wir sind auch nicht bereit, uns gegen unsere Kolleg/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau und dadurch steigenden Renditen die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Das ist nicht unser Ziel.

Was wir wollen und wofür wir aktiv sind

Unsere wichtigsten Forderungen sind Arbeitszeitverkürzung und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Durchsetzung beider Forderungen sind die einzigen wirksamen Mittel für eine spürbare Verringerung der Massenerwerbslosigkeit und für die Verhinderung von Billiglöhnen.

Kapital und Kabinett betreiben seit Jahren eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die schon einmal in weiten Bereichen erkämpfte 35-Stundenwoche ist weitgehend zu Makulatur geworden. Dies verringert nicht nur die Lebensqualität der Beschäftigten und untergräbt das Familienleben. Es vergrößert auch das Heer der Erwerbslosen und senkt die Stundenlöhne. Deswegen:

Arbeitszeitverkürzung - Sofortige gesetzliche Festschreibung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30-

Stunden-Woche

- Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in allen Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur wenn die Arbeitszeit in großen Schritten verkürzt wird, kann verhindert werden, dass ihre positiven Folgen durch Arbeitsintensivierung aufgefangen werden und keine Einstellungen erfolgen.
 - Keine Zugeständnisse in Sachen Arbeitszeit oder Flexibilisierung. Jede Arbeitszeitverlängerung in einem Bereich ist ein Angriff auf uns alle.
 - Gegen die Einrichtung oder Ausdehnung von Langzeitarbeitskonten.
-

Stoppt Produktionsverlagerung, Betriebsschließungen, Entlassungen und Erpressungen

Viele Belegschaften stehen heute mit dem Rücken an der Wand. Produktion wird in Billiglohnländer verlagert oder es werden mit der Drohung von Produktionseinstellung bzw. Verlagerung Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau erpresst. Finanzinvestoren kaufen Firmen auf mit dem Ziel sie auszuschlachten und zu schließen. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Kampfmaßnahmen bis hin zu Betriebsbesetzungen sind dazu notwendig. Vor allem aber ist ein betriebsübergreifender gewerkschaftlicher Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung notwendig. Der betriebliche Widerstand muss koordiniert werden und zu einem lokalen, regionalen und bundesweiten Kampf ausgeweitet werden. Unternehmer, die entlassen und Belegschaften erpressen müssen enteignet werden.

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde bzw. 1.500 Euro im Monat

Für Millionen arbeitender Menschen ist seit Jahren das Einkommen gesunken. Viele leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Hartz IV fördert das mit seinen Zumutbarkeitsbestimmungen und mit Ein-Euro-Jobs. Dem muss der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn entgegengesetzt werden. Die untersten Tariflöhne für allgemein verbindlich zu erklären ist vollkommen ungenügend, weil auch viele Tariflöhne unterhalb des Existenzminimums liegen. Wir brauchen einen allgemeinen, für alle Branchen gleichen Mindestlohn. Heute müssen dies wenigstens 10 Euro in der Stunde sein.

Garantiertes Grundeinkommen

Wachsende Erwerbslosigkeit ist kein Ergebnis wachsender Faulheit der Erwerbslosen, sondern eine notwendige Folge dieses Wirtschaftssystems. Deshalb treten wir für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ein – ohne Bedürftigkeitsprüfung. Es müsste sich für Alleinstehende aus einer Regelleistung von 500 Euro (statt jetzt 345 Euro) **plus** Unterkunftskosten und Heizung zusammensetzen.

Kräftige Reallohnsteigerungen bei Tarifkämpfen

Bei tariflichen Kämpfen treten wir ein

- **Anhebung aller Ost-Tarife auf West-Niveau**
 - für Festgeldforderungen, auch und gerade, um das Einkommen von Frauen anzuheben. Der Festbetrag muss jedoch so hoch ausfallen, dass auch die oberen Tarifgruppen mindestens einen Inflationsausgleich erhalten.
 - gegen Lohnabschlüsse, die teilweise oder ganz von der „Ertragslage“ der Betriebe abhängig gemacht werden.
 - gegen Lohnabschlüsse mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten und
 - gegen die Einführung von „leistungs“bezogenen Entgeltbestandteilen im Öffentlichen Dienst, weil damit nur das allgemeine Gehaltsniveau gesenkt und die Konkurrenz angeheizt wird.
 - **Gegen die Einführung von Niedriglohngruppen und für einen tariflichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde bzw. 1.500 Euro im Monat bei einer Vollzeitbeschäftigung**
-

Klares Nein zu allen ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen

Mit der Ausdehnung von Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs und befristeten Arbeitsverhältnissen hebelt das Kapital zunehmend Tarifverträge aus, senkt das Lohnniveau und untergräbt die Arbeitsbedingungen der „Stammebelegschaften“.

Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge

Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ist ein untrennbarer Bestandteil der Arbeitszeitverkürzung, die mit wachsender Produktivität möglich ist. Wir wenden uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Wir halten die steigende Lebenserwartung nicht für eine Last, sondern für einen Fortschritt, der aus dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden kann.

Einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung

Wir wehren uns dagegen, dass durch Zuzahlungen, Gebühren und Ausgliederung von Leistungen aus der Krankenversicherung das Lohnniveau gesenkt wird. Das Kapital und insbesondere die Versicherungskonzerne streben an, die gesetzliche Krankenversicherung auszuschlachten, um ihre Profitinteressen zu fördern. Wir streben eine einheitliche **gesetzliche** Krankenversicherung für alle an. Wir wollen nicht, dass die Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt. Weg mit der Beitragsbemessungsgrenze. **Die bewußte Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss zurückgenommen werden. Alle für eine optimale Patientenversorgung anfallenden Kosten (einschließlich der Tariflöhne) müssen refinanziert werden. Fallpauschalen müssen abgeschafft werden.**

Keine Privatisierung der Sozialversicherungen

Wir lehnen die Formel „Senkung der Lohnnebenkosten“ ab, mit der der Abbau der Sozialversicherung zugunsten der Privatversicherung betrieben wird.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wasserversorgung, kommunale Wohnungen usw. werden mehr und mehr an private Investoren verkauft. Wir wollen eine ausreichende öffentliche Infrastruktur für alle, die allen zu niedrigen Preisen zugänglich ist. **Privatisierte Betriebe (Post, Bahn, Telekom usw.) müssen wieder rückverstaatlicht werden.**

Uneingeschränkter Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen (keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten)

Wir streben die Abschaffung des Dreiklassenschulsystems an. Eine Schule für alle, damit unsere Kinder besser gefördert werden können! Das Schulwesen muss so eingerichtet werden, dass die Kinder der unteren Schichten nicht ausgesiebt werden, sondern alle SchülerInnen sich bestmöglich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können. Statt das Studium mehr und mehr den Schmalspurinteressen der zukünftigen Arbeitgeber unterzuordnen, fordern wir auch für die Hochschulen eine allseitige, gebührenfreie Ausbildung **und ein elternunabhängiges Bafög von 500 Euro plus Miete und Nebenkosten.**

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und dass sie Anspruch darauf haben, in ihrem erlernten Beruf übernommen zu werden. Finanziert werden muss es von den Unternehmen.

Gegen Rassismus, Neofaschismus und Militarisierung

Für uns verlaufen die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Klassen. Nationalismus, Rassismus, Neofaschismus und Militarisierung bekämpfen wir. Wir lassen nicht zu, dass unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen zu Sündenböcken für Arbeitslosigkeit gemacht werden. Wir kämpfen gemeinsam um jeden Arbeitsplatz. Die Umrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Interventionstruppe im Profit- und Machtinteresse des deutschen Imperialismus lehnen wir ab. Wir fordern den Rückzug aller Bundeswehrsoldaten aus dem Ausland, radikale Abrüstung und die Umstellung der Rüstungsproduktion auf gesellschaftlich nützliche Alternativproduktion.

Wer soll das bezahlen?

Gewinnsteuersenkungen dienen ausschließlich der privaten Profitmacherei. Wir fordern, dass die Verwendung der Milliarden Steuergeschenke offen gelegt werden muss.

Die Senkungen der Körperschaftsteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer müssen ebenso

rückgängig gemacht werden wie die Abschaffung der Vermögenssteuer.

Würde den offiziell 5 Millionen Arbeitslosen die Chance gegeben sich an der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen, hätte die Gesellschaft 232 Mrd. Euro zum verteilen.

Alternative zu Kapitalismus und Lohnarbeit

Das kapitalistische System ist völlig unfähig die Gesellschaft positiv weiterzuentwickeln. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen werden die Produktivkräfte zu Destruktionskräften und betreiben immer schlimmern Raubbau an Mensch und Natur. Der Kampf zur Verteidigung unserer erkämpften Rechte und für Verbesserungen trifft unter den Bedingungen der strukturellen Krise des Kapitalismus auf erbitterten Widerstand der Unternehmer und ihres Staatsapparates. Unser Kampf muss deshalb mit dem Kampf über die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verbunden werden. Banken und Konzerne, die die Wirtschaft kontrollieren, müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Die Lohnsklaverei muss abgeschafft werden. Die arbeitende Bevölkerung erwirtschaftet den gesellschaftlichen Reichtum. Sie muss darüber bestimmen wie produziert und verteilt wird.

Unsere Perspektiven und wer wir sind

Wir sind ein Zusammenschluss von GewerkschafterInnen. Wir wenden uns aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Wir wollen nicht zusehen, wie die Gewerkschaften als die größten Organisationen der Lohnabhängigen von außen und von innen kampfunfähig gemacht werden.

■ Wir wollen Gewerkschaften zu dem machen, wofür sie gegründet wurden, zu Kampforganisationen der arbeitenden Bevölkerung. Dazu ist es notwendig, dass die Gewerkschaften mit der SPD und ihrer neoliberalen und prokapitalistischen Ideologie brechen. Wir halten den Neuaufbau einer neuen linken Partei für notwendig.

■ Management verlangen wir Gegenwehr. Statt Anpassung und Zugeständnisse an die Arbeitgeber vertreten wir innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften offensive unsere Forderungen und Ziele. Statt Spaltung setzen wir auf Bündelung der Kräfte und auf Solidarität. Statt Dampfblaskaktionen und Verzettlung verlangen wir den effektiven Einsatz und eine Strategie zur Steigerung der Kampfkraft mit dem Ziel Kämpfe zu gewinnen.

■ Um mehr Druck für unsere Forderungen und Ziele aufzubauen, setzen wir uns dafür ein, dass in den DGB-Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Mitglieder vollständig zur Geltung kommen. Insbesondere bei Tarifkämpfen kann es nicht um eine Minimalisierung der Kampfmittel und des Kampfeinsatzes gehen, sondern im Gegenteil um die Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen in den tatsächlichen Kampf. Nur wenn sie die Erfahrung machen, dass es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität, werden Engagement und Selbstvertrauen wachsen. Nur auf diesem Wege ist eine politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen möglich. Weicht ein Tarifabschluss von der aufgestellten Forderung ab, muss die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen eingeholt werden.

■ Gewerkschaftsfunktionäre müssen die Interessen der Mitglieder vertreten und dürfen sich nicht von ihnen abheben. Deshalb fordern wir die Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre, jederzeitige Rechenschaftspflicht und die Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf ein durchschnittliches Einkommen der Gewerkschaftsmitglieder.

■ Belegschaften werden durch international operierende Konzerne grenzüberschreitend erpresst. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Belegschaften unbürokratisch aufzubauen, um Schließungspläne von Konzernen abzuwehren. Dazu müssen Netze gewerkschaftlicher Querverbindungen ausgebaut werden bzw. erst aufgebaut werden.

■ Wir brauchen Organisationsformen, die geeignet sind, alle Kräfte zusammenzuschließen, die diese Ziele teilen – innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

■ Wir wollen Solidaritätsaktionen mit kämpfenden Belegschaften und eine Vernetzung von unten organisieren,

■ Um die Blockade des Gewerkschaftsapparats und von Co-Managern in den Betriebsräten zu brechen, sind inoffizielle Streiks und oppositionelle Betriebsratslisten unvermeidlich und werden von uns unterstützt.

■ Wir rufen auf, Foren innerhalb der Gewerkschaften zu fördern, die allen offen stehen,

■ Wir setzen uns ein für Bündnisse zwischen Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden und Schülern, Rentnern usw., die auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehen.

Wir haben uns an vielen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt. Die Kräfte, die sich uneingeschränkt für die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital engagieren, müssen ihre Handlungsfähigkeit bewahren und ausbauen.